

Arbeit, Soziales, Familienpolitik

Donau-Post vom 19.05.2021

Donau-Post

Autor: Michael Bothner
Seite: 22 bis 22

Ressort: Regensburg
Ausgabe: Donau-Post

Wie Corona Behinderte behindert

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hielt eine Online-Veranstaltung zum Thema Inklusion ab

Regensburg. (mib) Alltag, Bildung oder Mobilität – drei Bereiche des Lebens, die seit über einem Jahr für viele beeinträchtigt sind. Laut Eva Nagler, Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Regensburg, sind Menschen mit Behinderungen aber deutlich stärker betroffen. Deshalb lud die parteinahe Stiftung vergangene Woche zum zweiten Teil der Diskussion „Wie Corona Behinderung behindert“ ein.

Bereits im April wurde bei einem Online-Workshop ein Forderungskatalog erarbeitet. Eine Vielzahl an Punkten, welche Barrieren durch die Pandemie neu aufgetaucht, sich verstärkt und wie diesen künftig begegnet werden kann, konnte damals gesammelt werden. Diese reichen von den Chancen des digitalen Fortschritts sowie dessen Probleme, über das Thema des solidarischen Umgangs mit Betroffenen bis hin zur Ausgestaltung des ÖPNV für Behinderte und Zutrittsrechte für Assistenzhunde in geschäftlichen Bereichen.

„Es gibt noch viel zu debattieren“, lautet das Fazit am Ende der zweiten Veranstaltung am Dienstagabend. Gemeinsam mit der Münsteraner SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Griese, der SPD-Landtagsabgeordneten Ruth Waldmann und Barbara Stamm, Vorsitzende der Lebenshilfe in Bayern, diskutierten die knapp 70 Teilnehmer über die Frage, welche Lehren aus der Krise für das Thema Inklusion gezogen werden müssten.

Nicht über, sondern mit Gehandicapten reden

Denn die vergangenen Monaten hätten eins gezeigt. „Menschen mit Behinderungen sind in einer solchen Ausnahme-Situation ein bisschen außenstehend und

ein bisschen verloren“, sagt Sibylle Brandt, Landesvorsitzende der AG Selbst Aktiv Menschen mit Behinderung in der Bayern-SPD. Brandt ist selbst blind und fordert, nicht mehr „über Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen sprechen, sondern mit diesen Menschen“. Das könne schon viel in Bewegung bringen, wüssten Betroffene doch am Besten, wo es hakt und was es bräuchte. Die rund zweistündige Veranstaltung dient dann vor allem dazu, viele Probleme der Inklusion anzusprechen.

Ob die Schwierigkeiten bei der Pflegeversorgung, fehlende oder verzögerte Priorisierungen bei den Corona-Impfungen, das Thema begleitende Assistenz oder die Frage der Digitalisierung. „Wir wollen vor allem weiter im Gespräch bleiben und uns untereinander vernetzen“, erklärt Eva Nagler das grundlegende Anliegen der Veranstaltung. Schließlich könne nur in permanenter Diskussion etwas verändert werden.

Abgeordnete verspricht stärkere Einbindung

Mehrfach heißt es, es müsse insgesamt einfach schneller gehen. So würden Anträge für Computer oder Autos schlicht zu langsam bearbeitet werden, sagt Griese. Die Bundestagsabgeordnete verspricht dann, „Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt“ stärker einzubinden. Hier sei das gerade beschlossene Teilhabestärkungsgesetz ein wichtiger Schritt gewesen. Sobald der Bundesrat zustimmt, sollen Arbeitgeber verpflichtet werden, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Laut Griese sollen dazu auch Kontaktstellen für Unternehmer geschaffen werden. „Damit man

weiß, was man alles tun muss, wenn man Menschen mit Behinderungen einstellt.“ Die Wortbeiträge zeigen immer wieder, dass Inklusion nicht nach einem bestimmten Plan abgearbeitet werden kann. Beim Thema Digitalisierung etwa ergäben sich viele Chancen für eine größere Teilhabe. Eine Teilnehmerin erklärt dann aber, dass sie durch ihre körperliche Behinderung gar nicht in der Lage sei, die umfangreichen Möglichkeiten zu nutzen. Sie scheitere „ja schon beim Online-Banking“. Von Online-Bestellungen sei da gar nicht die Rede.

Ein konkretes Problem der Pandemie schildert zuvor Gülay Acar. Sie arbeitet bei einer Beratungsstelle in Gelsenkirchen und ist rund um die Uhr selbst auf eine Assistenz angewiesen. Auf diese Hilfe wegen Corona zu verzichten, „das ging gar nicht“. Deshalb habe sie immer wieder Schnelltests für ihre Assistenzen angefordert. Allerdings vergeblich.

Was, wenn die Assistentin nicht mitkommen darf?

Während eines Krankenhausaufenthaltes durfte ihre Assistentin dann nicht in ihrer Nähe sein. Für Acar sei es eine „einzige Katastrophe“ gewesen. „Das Personal im Krankenhaus ist mit meiner Behinderung völlig überfordert gewesen“, sagt sie. Nur eines von zahlreichen Problemen, das sich durch die Pandemie deutlich gezeigt habe, sind sich die Diskutanten einig. Es gelte, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen und weiterhin „die Inklusion und Teilhabe auf vielen Kanälen voranzutreiben“, fasst Nagler die Diskussion zusammen.

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung